

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/736

"Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall - Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/736 vom 19.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1993 des UV vom 04.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2257 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer SPD**

Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall – Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über den aktuellen Umgang bayerischer Lebensmittelbehörden mit salmonellenbefallenen Lebensmitteln im Hinblick auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) „Dönerspieß“ zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welcher Sachverhalt lag dem Verfahren BayVGH 20 B 17.1560 zugrunde? War das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in die Sachbehandlung involviert? Falls ja, wie?
- Gab es in den letzten drei Jahren weitere Gerichtsverfahren in vergleichbaren Fällen?
- Sind in Bayern mit Salmonellen kontaminierte Lebensmittel im Handel (Endverbraucher)? Sind in Bayern Lebensmittel im Handel, deren Charge positiv auf Salmonellen getestet wurde? Falls ja, welche und in welchem Umfang?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit zur Frage, ob bei Lebensmitteln, bei denen Salmonellenbefall festgestellt wurde, ein Erhitzungshinweis ausreicht, um diese dennoch in den Verkehr und an den Endverbraucher zu bringen?
- Wie ist die Praxis der bayerischen Lebensmittelkontrolle in den letzten drei Jahren in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden? Wie oft wurde in diesem Zeitraum ein Salmonellenbefall bei Lebensmitteln festgestellt? In welchen Fällen hiervon wurden die betroffenen Lebensmittel zurückgenommen? In welchen Fällen hiervon geschah dies freiwillig und in welchen Fällen hiervon auf Anordnung der zuständigen Behörde?

Begründung:

Der 20. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) hat mit noch nicht rechtskräftigem Urteil vom 07.02.2019 entschieden, dass die Herstellerin von fabrikmäßig hergestellten Dönerspießen verpflichtet ist, diese und die betroffene Charge vom Markt zu nehmen, wenn sie im Rahmen von Eigenkontrollen einen Salmonellenbefall feststellt. Sie hat dies auch in ihrem betriebseigenen Hygienekonzept festzuschreiben.

Nach Ansicht des VGH folgt eine entsprechende Verpflichtung der Klägerin aus Art. 7 Abs. 2 der EU-Verordnung über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel (EU-VO Nr. 2073/2005). Auf die noch von der Vorinstanz bejahte Frage, ob es sich durch das angebrachte Etikett „Vor Verzehr vollständig durchgaren!“ trotzdem um ein sicheres Lebensmittel handelt, kam es bei der Entscheidung nach Ansicht des BayVGH nicht an (vgl. Pressemitteilung des BayVGH vom 08.02.2019).

Art. 7 Abs. 2 Satz 1 der VO 2073/2005 lautet wie folgt:

„Sofern die Untersuchung anhand der Lebensmittelsicherheitskriterien nach Anhang I Kapitel 1 unbefriedigende Ergebnisse liefert, ist das Erzeugnis oder die Partie Lebensmittel gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen.“

Im Untersuchungsausschuss „Ei“ des Landtags, der den Bayern-Ei-Skandal aufgeklärt hat, haben etliche Beamte aus der Lebensmittelüberwachung – einschließlich Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und dessen Präsident Dr. med. Andreas Zapf – als Zeugen erklärt, dass ihrer Ansicht nach bei mit Salmonellen kontaminierten Lebensmitteln ein Erhitzungshinweis bzw. Warnhinweis ausreichen könnte, um das Lebensmittel in den Verkehr bzw. an den Endverbraucher zu bringen. Das Lebensmittel sei dann sicher. Eine automatische Rücknahme mit Salmonellen kontaminierten Lebensmittel erfolgt in Bayern daher nicht (vgl. Drs. 17/7310, S. 7). Eine Veterinärin berichtete sogar, dass ein Großteil der in Supermärkten verkauften Hühner mit Salmonellen kontaminiert seien. Im Minderheitenbericht haben daher SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER gefordert, diese Praxis zu beenden und einen Erhitzungshinweis gerade nicht ausreichen zu lassen, um kontaminierte Lebensmittel in den Verkehr zu bringen (vgl. Drs. 17/22311, S. 245f.).

Dr. med. Andreas Zapf erklärte auch in der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 01.07.2015 zum Bayern Ei Skandal wörtlich: „Das Problem ist, wie wir mit Salmonellen auf der Eischale umgehen. Ich nehme das Ei, werfe es in den Kochtopf und habe ein hochwertiges Lebensmittel.“ (Wortprotokoll, 33. UV, 01.07.2015, Vo/Stf, S.15).

Laut Pressemitteilung ist nun auch der VGH zu der Auffassung gekommen, dass eine Rücknahme bereits wegen Art. 7 Abs. 2 VO 2073/2015 zwingend sei. Auf einen möglicherweise angebrachten Warnhinweis komme es nicht an.

Die Staatsregierung muss daher dringend darüber berichten, wie die derzeitige Praxis in Bezug auf mit Salmonellen kontaminierten Lebensmitteln ist und welche Konsequenzen sie aus dem Urteil des VGH zieht.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 18/736

**Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall - Konsequenzen aus der
VGH-Entscheidung vom 07.02.2019**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Satz die Wörter „und mündlich im“ durch das Wort „dem“ ersetzt werden.

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatterin: **Dr. Petra Loibl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: kein Votum
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer SPD**

Drs. 18/736, 18/1993

Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall – Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich dem zuständigen Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über den aktuellen Umgang bayerischer Lebensmittelbehörden mit salmonellenbefallenen Lebensmitteln im Hinblick auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) „Dönerspieß“ zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welcher Sachverhalt lag dem Verfahren BayVGH 20 B 17.1560 zugrunde? War das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in die Sachbehandlung involviert? Falls ja, wie?
- Gab es in den letzten drei Jahren weitere Gerichtsverfahren in vergleichbaren Fällen?
- Sind in Bayern mit Salmonellen kontaminierte Lebensmittel im Handel (Endverbraucher)? Sind in Bayern Lebensmittel im Handel, deren Charge positiv auf Salmonellen getestet wurde? Falls ja, welche und in welchem Umfang?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden?
- Welche Haltung hat die Staatsregierung derzeit zur Frage, ob bei Lebensmitteln, bei denen Salmonellenbefall festgestellt wurde, ein Erhitzungshinweis ausreicht, um diese dennoch in den Verkehr und an den Endverbraucher zu bringen?
- Wie ist die Praxis der bayerischen Lebensmittelkontrolle in den letzten drei Jahren in Bezug auf die Rücknahme von Lebensmittelchargen, bei denen bei einer Kontrolle Salmonellen festgestellt wurden? Wie oft wurde in diesem Zeitraum ein Salmonellenbefall bei Lebensmitteln festgestellt? In welchen Fällen hiervon wurden die betroffenen Lebensmittel zurückgenommen? In welchen Fällen hiervon geschah dies freiwillig und in welchen Fällen hiervon auf Anordnung der zuständigen Behörde?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendungen eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
(A) Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
(Z) Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. April 2019 (Vf. 5-VII-19) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 24 Abs. 4 und Art. 94 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
(Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. Mai 2018 (GVBl. S. 260) geändert worden ist
PII-G1310.19-0004
Drs. 18/1950 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ □ □ □ □ □ □

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Befristete Arbeitsvertrage an Schulen abschaffen
Drs. 18/81, 18/1752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt falsche Befristungspraxis im Schuldienst abschaffen
Drs. 18/105, 18/1749 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Horst Arnold, Klaus Adelt u. a. SPD
Aufwertung publikumsintensiver Tätigkeiten
Drs. 18/282, 18/1751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Mehr Innovation in der Ausbildung medizinischer Berufe!
Drs. 18/318, 18/1706 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> ENTH					

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD) Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper u. a. CSU
Einrichtung eines Lehrstuhls für komplementäre und integrative Medizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Augsburg und Gründung eines „Kompetenznetzwerks Integrative Medizin“
Drs. 18/416, 18/1956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Biogerichte in den bayerischen Staatskantinen Drs. 18/458, 18/1970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Staatliches Tierwohllabel mit Inhalten füllen
Drs. 18/459, 18/1688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wohnungs- und Obdachlosigkeit wirkungsvoll bekämpfen I – Bericht über die Ergebnisse des „Runden Tisches Obdachlosigkeit“ Drs. 18/460, 18/1967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP) An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD Lebensmittelverschwendungen eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD) Lebensmittelverschwendungen eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Volker Bauer u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eindämmung der Lichtverschmutzung – Erstellung eines Leitfadens
Drs. 18/515, 18/1990 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ □ □ □ □ □ □

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)
Einstieg in die Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildung zum Erfolg für alle machen – Bayerns Kitas nicht im Stich lassen!
Drs. 18/535, 18/1973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ A □ Z □ A □ Z □ A

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle – Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen
Drs. 18/537, 18/1974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A B A A ENTH A

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar – Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	ohne				

**Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.**

27. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller u. a. SPD
Rücknahme von Lebensmitteln bei Salmonellenbefall – Konsequenzen aus der VGH-Entscheidung vom 07.02.2019
Drs. 18/736, 18/1993 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u. a. SPD
Grundvoraussetzung für gute Studienbedingungen schaffen
Drs. 18/1078, 18/1980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

29. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)
Chemisch verseuchte Fische im Landkreis Freising: Versagen im Verbraucherschutz und bei der Information der Öffentlichkeit?
Drs. 18/1079, 18/1994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

30. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Wolfgang Fackler u. a. CSU
Faire Rahmenbedingungen für den bayerischen Zuckerrübenanbau
Drs. 18/1288, 18/1921 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht: Wirtschaftsschule ab Klasse 6 als Regelangebot
Drs. 18/1298, 18/2025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				